

Informationen
gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung

-Betreuungsbehörde-

Beglaubigung von Unterschriften/Handzeichen/Vorsorgevollmachten/Betreuungsverfügungen

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten hat für die Behörde des Landkreises Kusel einen hohen Stellenwert. Mit diesem Schreiben/Text informieren wir Sie über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch uns sowie über Ihre Rechte nach der DS-GVO. Personenbezogene Daten sind nach Artikel 4 Nr. 1 DS-GVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierbare natürliche Person beziehen.

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit den Tätigkeiten im Bereich der **Betreuungsbehörde** der Kreisverwaltung Kusel.

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Kusel
Abteilung 3 – Referat 33, Sozialpsychiatrischer Dienst, Behörde
Trierer Straße 49-51
66869 Kusel
E-Mail: buengerbuero@kv-kus.de
Telefon: 06381/424-0
Webseite: www.landkreis-kusel.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Kusel
Datenschutzbeauftragter
Trierer Straße 49-51
66869 Kusel
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@kv-kus.de
Telefon: 06381/424-0
Webseite: www.landkreis-kusel.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben um im Rahmen einer Beglaubigung der Urkundsperson/der Zahlstelle die Einziehung der fälligen Gebühr zu ermöglichen.

Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund einer gesetzlichen Aufgabe der Behörde gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit.c und e DS-GVO i.V.m. §§ 6 Abs. 2 und 5 Betreuungsbhörden-Gesetz (BtBG)

5. Kategorien der personenbezogenen Daten

Von der Kreisverwaltung Kusel, Abteilung 3, Referat 33, Betreuungsbehörde werden folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Name, Vorname
- Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an Dritte übermittelt.

7. Übermittlung an ein Drittland

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder internationale Organisationen findet nicht statt und ist auch nicht geplant.

Datenquellen:

Die personenbezogenen Daten haben wir von Ihnen im Rahmen der Beglaubigung erhalten.

8. Dauer der Speicherung

Die personenbezogenen Daten werden bei der Betreuungsbehörde nicht gespeichert. Lediglich bei der Zahlung im Bürgerbüro werden die persönlichen Daten gespeichert. Diese Belege unterliegen einer 10-jährigen Aufbewahrungsfrist nach Kassenrecht. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres in dem der Vorgang bearbeitet wurde.

Betroffenenrechte/Ihre Rechte:

Auf Ihre Rechte zur Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Artikel 15 bis 21 DS-GVO. Beruht die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person:

Die Bereitstellung der Daten ist für die Durchführung der Beglaubigung und den Einzug der fälligen Gebühren erforderlich. Ohne die Bereitstellung der Daten kann keine Beglaubigung durchgeführt werden.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- **Recht auf Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- **Recht auf Berichtigung**, soweit Sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- **Recht auf Löschung** der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung

rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt; wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- **Recht auf Widerspruch** nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

10. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920 -0

Telefax: +49 (0) 6131 8920-299

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Stand dieser Information: 18.05.2021